

Vermutlich 1968.02 Autor: Peter Schütt SDS Q.: Programm der Kritischen Universität Sommersemester 1968

Am Beispiel Hamburg

Verlauf der Studentenrevolte an der Hamburger Universität im letzten Semester

Unberührt von Zwischenrufen, Sprechchören und der rhythmisch intonierten Forderung nach "Hochschulreform" verlas der neue Hamburger Rektor, der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Werner Ehrlicher, während der Feier zur Eröffnung seines Amtsjahres am 9. November 1967 seinen Antrittsvortrag "Zur wirtschaftlichen Rezession in der Bundesrepublik in den Jahren 1966/67". Nach seinem Vortrag verließ der Rektor, gefolgt von seinem Lehrkörper, abrupt das Auditorium Maximum, ohne sich der von den Studenten auf Flugblättern und in Sprechchören geforderten Diskussion zu stellen. Der AStA Vorsitzende Björn Pätzold hatte in seiner knappen Begrüßungsrede eine Fülle von konkreten Missständen an der Hamburger Universität aufgezeigt, die trotz oder auch gerade wegen einiger Ungenauigkeiten Stoff genug zu einer Aussprache geboten hätten.

Doch statt der beantragten Diskussion gab es Beschimpfungen. Der Rektor nahm am folgenden Tage Zwischenrufe und Hohngelächter zum Anlass zu der Erklärung, „Rädelsführer“ und „Linksradikele Störtruppe“ hätten in der Universität „Krawall und Terror“ inszeniert. Der Theologe Helmut Thielicke machte "postpubertäre Schübe" für das "ungezogene Verhalten" von AStA-Vorstand und Studentenschaft verantwortlich, und der Orientalist Berthold Spuler verstieg sich der Äußerung "Ihr gehört alle in ein Konzentrationslager". Er wurde auf Drängen der Studenten und der Öffentlichkeit schließlich trotz einer "Ehrenerklärung" seiner Kollegen aus der philosophischen Fakultät beurlaubt. Im Februar jedoch durfte er seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen, nachdem laut einer Erklärung der Hamburger Schulbehörde „zahlreiche Schüler“ seine Rückkehr erbeten hatten. Wie sich später herausstellte, hatten sich ganze vierzehn Unterschriften für einen entsprechenden Antrag gefunden. Spuler blieb nicht der einzige Dozent der "Braunen Universität Hamburgs", der während des Wintersemesters von sich reden machte. Der Leiter des Pädagogischen Institutes, Prof. Hans Wenke, der vor drei Jahren durch massive Proteste aus der Öffentlichkeit gezwungen worden war, von seinem Ehrenamt als Bochumer Gründungsrektor zurückzutreten, war in einer Vorlesungskritik in der Dezembernummer der Studentenzeitschrift "auditorium" als "alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus" mehr glossiert als analysiert worden; er hatte daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als seinen studentischen Kritiker von seinen Vorlesungen und Übungen auszuschließen. Eine Begründung lehnte er ab, ebenso wie eine Debatte über sein Vorgehen und seine Stellungnahme zu den Vorwürfen wegen

seiner publizistischen Tätigkeit im "Dritten Reich", die von zahlreichen Studenten und Hörern seines Kollegs verlangt wurde. Schließlich weigerte er sich, unterstützt

von allen Professoren seiner Fakultät, zu lesen, solange die "Störungen", d.h. die Forderung nach Diskussion, anhielten, und ließ für sich durch seine Assistenten und ergebene Studenten, darunter zahlreiche Mitglieder rechtsradikaler Gruppen eine Unterschriftensammlung durchführen. Mit Berufung auf den "Treuebeweis" von 700 Pädagogikstudierenden drohte er allen, die ihn in seiner Vorlesung unterbrechen würden, mit dem Verweis von der Universität. Ohne Erfolg, denn immer mehr Fragesteller meldeten sich zu Wort. Er erschien Anfang Januar ein letztes Mal, in Begleitung von Kriminalbeamten in Zivil und mehreren Vertretern der Universitätsbürokratie, ehe ihn selbst der Rektor fallen ließ und der kritischen Universität erlaubte, statt der Vorlesung ein Kolloquium zum Thema Hans Wenke und die reaktionäre Pädagogik der Bundesrepublik durchzuführen. Unter der Mitarbeit mehrerer Universitätsassistenten erarbeitete es in der zweiten Semesterhälfte aufschlussreiche Materialien zum Stand der politischen Bildung an den Schulen Hamburgs, für deren antikommunistische und faschistoide Ausrichtung Wenke als ehemaliger Hamburger Schulsenator mit verantwortlich zeichnet.

Auf dem Höhepunkt der Kontroverse um Wenke griff Hamburgs "Star Theologe" Thielicke mit einer sofort in der Springer Presse in vollem Wortlaut abgedruckten Solidaritätsadresse für seinen „zu Unrecht verleumdeten“ Kollegen ein. Er sprach von den studentischen Kritikern als von „Rüpel“ und als von „Gossenjungen“ und schloss seine Mahnrede mit dem Ausspruch "Armes Deutschland! Ich glaube, diesem Volk ist nicht mehr zu helfen. Möge dies alles von höherer Hand gewendet werden.“ Im Stil des Springer Kommentators William S. Schlamme hatte er die Aktionen des SDS mit "faschistischen Terrormethoden“ gleichgesetzt und damit nur kritische Aufmerksamkeit auf seine Person gelenkt. Thielicke unterbrach aus Protest gegen die „gossenhaften Frechheiten“ der Studenten seine Hauptvorlesung, verzichtete aber nicht auf seine regelmäßigen „akademischen Predigten“ in der Hamburger St. Michaeliskirche. Am 13. Januar wurde er nach dem Gottesdienst, in dem er zu "Fragen der Zeit", nicht jedoch über "vordergründige politische Fragen“ gepredigt hatte, zu einer öffentlichen Aussprache aufgefordert, er antwortete von der Kanzel herab mit einem neuen Zornesausbruch und befahl dem Organisten, alle Ansätze zu einer Diskussion in der Kirche mit Chorälen zu übertönen.

Er fühlte sich offenbar sicher, hatte er doch in einem eigenmächtigen Vorgriff auf die Notstandsgesetze sieben Bundeswehrsoldaten als „beruhigende Elemente“ zu seinem Schutz bestellt, eine Maßnahme gegen die zahlreiche Studentenverbände, kirchliche Kreise und sogar einige Bundeswehrangehörige vergeblich protestiert haben, die von der Bundesregierung und dem Verteidigungsministerium jedoch trotz einer Anfrage der FDP in keiner Weise missbilligt wurde.

Ebenfalls unter dem Motto "Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazis!" sah sich der Hamburger Psychologe Peter R. Hofstätter nicht zum ersten Mal heftigen Attacken ausgesetzt.

Hofstätter, Leiter des Psychologischen Instituts Hamburg, zählte im "Dritten Reich" zu den wenigen im Land verbliebenen Vertretern seiner von den Nazis als "jüdische Afterwissenschaft" verdächtigten Disziplin und sicherte sich seine führende Stellung durch programmatische Äußerungen wie die, dass "die Seelsorge" - gemeint ist die Psychologie „oberstes Recht des Führers" sei, und durch seine Berater- und Gutachtertätigkeit als NS Heeresspsychologe.

1963 hatte er in Vorträgen, in einem Zeit Artikel und einem Spiegel Interview seine Ansicht bekräftigt, dass Hitler den Juden den Krieg erklärt habe und dass die Judenmorde darum eigentlich Kriegshandlungen gewesen seien, und mit dieser Begründung während des Eichmann Prozesses eine Generalamnestie für alle NS Verbrecher gefordert. Daraufhin wurde von zahlreichen jüdischen, christlichen und demokratischen Organisationen und Presseorganen sein Rücktritt als Hochschullehrer gefordert. Lediglich die Deutsche National und Soldatenzeitung stellte sich schützend vor ihn und erhielt dafür von ihm ein in großer Aufmachung publiziertes Dankschreiben: Die Schützenhilfe von rechts genügt den Hamburger Behörden offenbar, sich nicht weiter in den Streit um Hofstätter einzumischen, sie verzichtete wie 1963 so auch nach den neuen Studentenprotesten im Februar 1968

auf "weitere Schritte" und hielt es, auch nachdem verschiedene Hamburger Gruppen neues Dokumentationsmaterial zum Fall vorgelegt hatten, für unnötig, irgendwelche Konsequenzen aus den Vorwürfen zu ziehen.

"Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren". diesen Spruch hatten schwarz auf weiß zwei Studenten dem Rektor und seinen Professoren bei ihrem feierlichen Einzug zur Rektoratsfeier vorangetragen. Nicht von ungefähr wurde das Spruchband in der Springerpresse in einer zensierten Fassung wiedergegeben; in Welt und Bild

hieß es, um die Anspielung auf das "tausendjährige Reich" zu tilgen, "Muff von 100 Jahren", Entsprechend wurde die Universität zwar als überaltert und verpopft gekennzeichnet, aber keineswegs als autoritär und reaktionär im prägnanten politischen Sinn. Auf derselben Ebene - Abbau mancher altmodischer Riten und Modernisierung

der Hochschule als Anpassung an die Erfordernisse der industriellen Leistungsgesellschaft - waren sogar der Rektor und die Dekane bereit, mit den Studenten über ihre Vorstellungen zu diskutieren. An drei aufeinander folgenden Abenden stellten sich Vertreter der Professoren unter Leitung des Rektors einer Diskussion mit studentischen Delegierten. Solange das Gespräch auf allgemeine Themen beschränkt blieb, waren die Gegensätze kaum zu spüren. Je präziser und konkreter jedoch die Fragen der Studentensprecher nach wirksamen Schritten zur Hochschulreform, nach studentischer Beteiligung in den

akademischen Entscheidungsgremien und nach Liberalisierung und öffentlicher Kontrolle des Prüfungswesens ausfielen, um so ausweichender kamen die Antworten der Ordinarien und Dekane. Ein Kommilitone gab seinen Eindruck wider, die Studenten kämpften nicht gegen eine feste Front, sondern gegen eine Qualle. Diese Apostrophierung und vor allem der Vorwurf der Arroganz nahmen die Professoralen Diskussionsteilnehmer zum willkommenen Anlass, die Diskussion abubrechen. Sie antworteten am nächsten Tag, als sich AStA und Diskussionsleiter nicht bereitfanden, sich für die Äußerung zu entschuldigen mit der Absetzung der "studentischen Tagesordnungspunkte" im akademischen Senat und damit mit dem Ausschluss der studentischen Vertreter.

Dieser Schritt bewog nur noch mehr Studenten, sich mit dem AStA - Vorstand zu solidarisieren, und drängte die beiden stärksten politischen Studentenverbände, SHB und SDS, in ein vorübergehendes taktisches Bündnis. Die beiden studentischen Vertreter wurden, nachdem mehrere politische Hochschulverbände ein go-in zur nächsten Senatssitzung angekündigt hatten, bald wieder zugelassen.

Obwohl Vollversammlung und Parlament der Studenten ein akademisches Disziplinarrecht grundsätzlich abgelehnt hatten, leitete der Rektor ausgerechnet gegen den Wenke - Rezensenten ein Verfahren ein und bemühte sich mit allen Mitteln, aus dem Fall Wenke einen Fall Oberlercher zu machen. Ende Dezember erließ er schließlich eigenmächtig eine Verfügung, die nach Auffassung des AStA den Notstand für die Hamburger Universität erklärte. In einer Mitteilung "An alle Studenten", die in allen Instituten ausgehängt wurde, erklärte Rektor Ehrlicher: "Die Universität kann Störungen des Lehrbetriebs, wie sie mehrfach vorgekommen sind, nicht hinnehmen, Sie wird die ihr zu gebote stehenden Mittel ausschöpfen, um gegen Störer vorzugehen, Der Dozent übt während der Dauer der Lehrveranstaltungen das Hausrecht aus, Er ist berechtigt und im Interesse der anderen Hörer verpflichtet, das ihm Mögliche zur Beseitigung der Störung zu veranlassen. Störer, die den Hörsaal trotz Aufforderung nicht verlassen, handeln rechtswidrig. Sie begehen Hausfriedensbruch. Wenn einzelne Störer sich weigern, den Hörsaal zu verlassen, sind auch die anwesenden Studenten berechtigt zur Beseitigung der Störungen beizutragen. Sie üben in diesem Fall das Recht der Notwehr aus. Dabei darf das Maß dessen, was zur Beseitigung der Störung notwendig ist, nicht überschritten werden."

Unmittelbare Folge dieses Erlasses war, dass zur nächsten Wenke Vorlesung am 4. Januar eine Schutztruppe Hamburger NPD- Mitglieder und Korporierter anrückte, die den Rektor in letzter Minute zwang, das Auditorium Maximum zu schließen. Die empörten Studenten zogen daraufhin demonstrativ zum Rektorat und nötigten den Rektor immerhin, die "falsche Auslegung" seiner Erklärung durch den Nationaldemokratischen Hochschulbund zu bedauern. Autoritäre Professoren benutzten die Rektorverfügung, um alle unliebsamen Diskussionen zu verhindern.

Ein Germanist duldete, dass seine in der Vorlesung anwesenden Assistenten einen Fragesteller gewaltsam aus dem Hörsaal hinausbeförderten, und ein Kollege beanspruchte sogar in einer Veranstaltung der Kritischen Universität für sich das Hausrecht, um diskussionsfreudige SDS-Mitglieder vor die Tür zu setzen; er musste daraufhin allerdings selbst die Veranstaltung verlassen. Gegen Semesterende wurde der Ehrlicher-Erlass dadurch unwirksam gemacht, dass in fast allen Lehrveranstaltungen Studenten die Diskussion beantragten. Mehrere hundert Kommilitonen erstatteten außerdem gegen sich selbst Anzeige wegen "Störung einer Vorlesung und beantragten Bestrafung.

Im Januar drohte der Rektor mehrfach mit der Schließung der Universität oder wenigstens der Philosophischen Fakultät und unterstützte vermutlich einen Plan dessen Enthüllung zu Semesterende noch einmal viel Staub aufwirbelte. Ein an der mangelnden Bereitschaft studentischer Vertrauensleute gescheiterter Putschversuch, der die offensichtliche Billigung der Universitätsverwaltung, mehrerer konservativer Professoren des amtierenden Studentenausschusses hatte, schlug die provisorische Einsetzung eines "Not – ASTA's", die Durchführung unpolitischer Neuwahlen für das Studentenparlament und das Verbot des SDS „am Rande der Legalität“ vor. Es bedurfte jedoch kaum noch der Aufdeckung dieses Plans, um den Rektor als Gesprächspartner für die Reformdebatte vor den meisten Studenten endgültig zu diskreditieren.

Als statt im Januar neun als liberal geltende Professoren der Öffentlichkeit 81 Leitsätze zur Hochschulreform" vorlegten, die zwischen den Vorstellungen des Wissenschaftsrates, der Rektorenkonferenz und des Deutschen Bundestages zu vermitteln suchten, ohne dabei die studentischen Forderungen im Grundsätzlichen zu berücksichtigen, gelang es auch diesem Vorstoß von Seiten der Professoren nicht mehr, die klaren Fronten wesentlich zu verschieben. Als die neun von der Springerpresse hofierten "Reformprofessoren" in ihren Vorlesungen von den Hörern zur Aussprache über ihre Leitvorstellungen zur Studienreform aufgefordert wurden, lehnten sie das Ansinnen in den meisten Fällen ab. Gerüchte sprachen von einem Sprechverbot für die Ordinarien, weil es innerhalb des Akademischen Senats zu beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten über das notwendige Maß an Zugeständnissen gegenüber den Forderungen der Studenten gekommen war: der SDS verbreitete mehrere Flugblätter über die „Zänkereien der Senatsquallen.“

Zur Verschärfung des Konfliktes zwischen den Studenten und ihren staatlichen und akademischen Vorgesetzten trugen nicht zuletzt verschiedene "Zwischenfälle" bei, bei denen Polizei mit im Spiel war.

Als in der Wenke - Vorlesung zwei Beamte der Politischen Polizei entdeckt wurden und wenige Tage später ausgerechnet gegen vier anwesenden SDS-Vertreter, die im Übrigen in keiner Weise besonders hervorgetreten waren, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, schien für den SDS der seit langem erhobene Verdacht bestätigt, dass Polizei und Universitätsbehörden intensiv zusammenarbeiten und ihre Unterlagen permanent austauschen. Auf gezielte Fragen musste der Rektor zugeben, dass zwischen ihm und dem Innensenator

Ruhnau laufende Kontakte und Konsultationen "nicht politischer Art" bestünden und dass „einige Beamte der staatlichen Baubehörde" beauftragt seien, „über die Einhaltung bestimmter Sicherheitsvorschriften zu wachen.“

Bei Gelegenheit eines studentischen go-in's ins Rektorat erteilte der Rektor seinem Syndikus vor den versammelten Studenten striktes Sprechverbot über diese Dinge; Grund genug zu neuem Verdacht.

SHB und SDS legten im Verlauf des Semesters detaillierte Konzepte zur Universitätsreform vor, die vor allem in der Frage der studentischen Beteiligung erheblich differieren. Der SHB forderte eine "angemessene" Mitwirkung der Studenten in allen akademischen Instanzen, ohne sich ausdrücklich auf die Drittelparität festzulegen, während der SDS die Forderung nach einer vollen Parität zwischen Dozenten und Studenten stellte.

Der AStA musste sich immer wieder Unentschlossenheit und uneinsichtiges Taktieren vorwerfen lassen und vertrat schließlich im Hamburger Bürgerschafts-Hearing zum Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes eine Position, die von Teilen des SHB, der sich in Hamburg gespalten hat, vom SDS und von der Parlamentsmehrheit als zu kompromissbereit kritisiert wurde und dadurch die Stellung der Studentenschaft vor der Öffentlichkeit schwächen musste. Der Hamburger SDS, der zunächst in der Gefahr stand, in seiner provokatorischen Phase stecken zu bleiben, konnte in der zweiten Semesterhälfte sein Programm inhaltlich verdeutlichen.

Zum wichtigen Kampfmittel der Hochschulrevolte entwickelte sich - ein bisher unerfülltes Postulat aus der revolutionären Frühzeit der 1919 gegründeten Hamburger Universität - die studentische Vollversammlung, die demonstrativ immer dann zusammentrat, wenn es galt, obrigkeitliche Willkürakte durch gemeinsame Erklärungen und Aktionen abzuwehren. Die erste spontane und unvorbereitete Studentenversammlung fand unmittelbar nach der Rektoratsfeier am 9. November statt und beschloss sofort, eine Urabstimmung über den Rektor durchzuführen. An der Abstimmung im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen beteiligten sich fast 50 Prozent der Hamburger Studenten. Auf die Frage "Können Sie Rektor Ehrlicher akzeptieren" stimmten 62% mit nein: mithin ein deutliches Misstrauensvotum, das der Forderung vieler Studenten nach Rücktritt des Rektors neuen Nachdruck verliehen hat.

Außer zu den verschiedenen Paritätsmodellen nahmen die Hamburger Studentenversammlungen zu zahlreichen anderen und oft dringlicheren Problemen Stellung. In einer Entschließung am Beginn des Semesters wandten sich die Studenten gegen jede Form der Zwischenprüfung in den Massenfächern der philosophischen, wirtschaftswissenschaftlichen -und der sozialwissenschaftlichen Fakultät, sie lehnten jede Einschränkung des Grundrechtes auf Bildung durch den Numerus clausus ab und verlangten mehrfach die sofortige Aufhebung der universitären Sondergerichtsbarkeit für Studenten. Wiederholt protestierte die Vollversammlung gegen die Anwesenheit von Polizei auf dem Gelände und in den Räumen der Universität. Nach den skandalösen Vorfällen um Professor Wenke wurde der Leiter des Pädagogischen

Instituts von den Studenten solange für „entpflichtet“ betrachtet, wie er sich weigert zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Nach diesem demonstrativen Beschluss der Studentenversammlung verzichtete Wenke für das laufende Semester endgültig auf die Abhaltung seiner Vorlesung. Im Januar wurde mit nur vier Gegenstimmen eine Resolution angenommen, in der der Präs. der Hamburger Schulbehörde Drexelius (SPD) in scharfen Worten zum Rücktritt aufgefordert wurde. Ihm wurde vorgeworfen, an einem Hochschulgesetz, das auch studentische Forderungen berücksichtigt, nicht im geringsten interessiert zu sein und nachgewiesen, dass er durch seine behördliche Rückendeckung für kritisierte Professoren vom Schlage Wenkes, Hofstätters oder Spulers die „braune Universität“ nach Kräften gefördert habe. Seine unverantwortlichen Drohungen und Warnungen, die Schulbehörde würde notfalls einem Antrag des Rektors auf Schließung der Universität zustimmen, seien wenig geeignet gewesen Vertrauen in die staatliche Hochschulaufsicht zu wecken. In einem Flugblatt wurden Ehrlicher und Drexelius darüber belehrt, dass die Uni noch kein Bordell sei, das seine Besitzer nach eigenem Gutdünken über Nacht zumachen könnten.

P.S.